

Hallstein, Walter

Article — Digitized Version

Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen Integration

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hallstein, Walter (1970) : Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen Integration, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 1, pp. 23-25

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134061>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen Integration

Prof. Dr. Walter Hallstein, Bonn

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat auch die ausschließlich nationale Orientierung des Staates ihre alte Geltung verloren. Zugleich rief die europäische Ordnung des labilen Gleichgewichts nach Ablösung. Ein stabiles Gleichgewicht sollte hergestellt werden.

Das Verdienst der Tat, die Europa sein neues Gesicht geben sollte, gebührt zu einem wesentlichen Teil der französischen und der deutschen Politik und ist geschichtlich an die Namen Robert Schuman und Konrad Adenauer geknüpft. Auch Italien (de Gaspari) und die Beneluxländer (Beyen, Spaak) haben einen entscheidenden Anteil daran.

Die deutsche Option für Europa

Doch war dieser Vorgang auf dem europäischen Kontinent nicht automatisch. Am Beispiel der deutschen Politik ist es am leichtesten einzusehen: Es lag an dem Willen der Verantwortlichen, daß sich die deutsche Außenpolitik nicht hauptsächlich – um der vollen staatlichen Einheit willen – nach Osten orientierte und daß sie auch nicht eine individuelle und ausschließliche Bindung an die Vereinigten Staaten suchte.

All das waren objektive Alternativen. Aber schon die nächste Zukunft sollte zeigen, welche reichen Früchte jene deutsche Option barg: die Lösung des vermeintlichen „Ruhrproblems“, des Problems der Bewaffnung der Deutschen, des Saarproblems, vor allem aber die vollständige Neubegründung eines positiven und konstruktiven deutsch-französischen Verhältnisses mit seinen unermeßlichen Chancen für die europäische Zukunft.

Die Bundesrepublik ist heute in dem sich zusammenschließenden Europa ein gleichberechtigter Partner. Die Aufnahme in die westliche Völker-

familie begann mit der Montan-Union und fand ihren Höhepunkt in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Atomgemeinschaft im Jahre 1958. Diese Zusammenschlüsse waren das Ergebnis einer konsequenten Orientierung auf die Partnerschaft mit dem Westen. Die Bundesrepublik hat dabei die sich ihr bietenden Chancen genutzt.

Vorbehalte und Zustimmung

Zwar gab es in den ersten Jahren der europäischen Integration lebhafte Diskussionen um Groß- und Kleineuropa, zwischen der „atlantischen“ und der „europäischen“ Schule – so, als ob es sich dabei um sich ausschließende Thesen handelte. Aber die politischen Tatsachen ließen sie bald verstummen. Die Europäischen Gemeinschaften wurden mit ihrer Zoll- und Wirtschaftsunion als Kern des europäischen Integrationsprozesses akzeptiert.

Die deutsche Wirtschaft, insbesondere die deutsche Industrie, stellte sich rasch und vorbehaltlos auf den neuen Großmarkt ein. Das fiel ihr um so leichter, als sie bereits nach dem Zweiten Weltkrieg mit Einführung der sozialen Marktwirtschaft dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt war – im Gegensatz zur französischen Wirtschaft, die erst begann, sich aus ihren protektionistischen und traditionellen Fesseln zu befreien. Im übrigen war die Öffnung des französischen Marktes für die deutsche Industrie stets als „Gegenleistung“ dafür verstanden worden, daß den französischen Agrarerzeugnissen der Zugang zum deutschen Markt eingeräumt wurde. Es wäre eine folgenreiche Verkennung der Geschäftsgrundlage des Gemeinsamen Marktes, diesen Zusammenhang zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Integration nicht sehen oder verneinen zu wollen.

Der zügige, in festem Rhythmus sich vollendende Aufbau der Zollunion hat in der deutschen Wirtschaft schnell ein Vertrauensverhältnis zu den Gemeinschaftsorganen geschaffen, das seinerseits für die Dynamik des Integrationsfortganges von wesentlicher Bedeutung gewesen ist. Der Unternehmer rechnete mit dem gemeinsamen Großmarkt und richtete nach ihm seine unternehmerischen Dispositionen. Daß er ihn dabei bereits als Wirklichkeit vorwegnahm, zeigt die ökonomische Notwendigkeit und die innere Logik der wirtschafts- und sozialpolitischen Integration.

Aber nicht nur die Industrie, auch alle anderen Kräfte und Gruppen unserer Wirtschaft sind von Anfang an verläßlich der europäischen These gefolgt: die Gewerkschaften, der Handel, das Dienstleistungsgewerbe, um nur einige zu nennen. Auch der deutsche Verbraucher hat sich schnell an die Europäisierung seines Warenkorbes gewöhnt.

Marktwirtschaftliche Konzeption

Dieses integrationsfördernde Verhalten gilt für den Aufbau der Zollunion ebenso wie für die Verwirklichung der Wirtschaftsunion. Gerade bei der Setzung des ordnungspolitischen Rahmens und seiner Ausfüllung mit wirtschaftspolitischen Zielen hat die Bundesrepublik in den zuständigen Gemeinschaftsorganen ihren Einfluß geltend gemacht und sich für die Verwirklichung einer marktwirtschaftlichen Konzeption eingesetzt. Der außenpolitische Kredit der sozialen Marktwirtschaft hat diese gemeinschaftlichen Ordnungsvorstellungen entscheidend beeinflußt.

So hat es die Allianz der europäischen Einigungspolitik mit der wirtschaftlichen Vernunft und dem sozialen Fortschritt ermöglicht, auch im Einzelfall divergierende Interessen auszugleichen und zu einem jede Berechnung übersteigenden Erfolg der wirtschaftlichen Integration zu kommen.

Es ist jedoch eine tendenziöse Behauptung, daß Deutschland im Begriff sei, mit Hilfe der wirtschaftlichen Integration sich zum dominierenden Faktor der europäischen Wirtschaft aufzuschwingen. Richtig ist daran nur, daß Deutschland, als der Gemeinsame Markt begann, der größte Partner der Wirtschaftsgemeinschaft war und dies auch heute noch ist. Aber dieser Vorsprung hat sich inzwischen vermindert, nicht vergrößert. Deutschland und Frankreich standen und stehen sich wirtschaftlich nahezu gleich; jedes Land repräsentiert etwa ein Drittel des Bruttosozialproduktes der Gemeinschaft. Der deutsche Anteil daran ist etwas höher, das Sozialprodukt je Kopf der Bevölkerung etwas niedriger als die französischen Ergebnisse; die Industrieproduktion hat seit 1958 in beiden Ländern weniger als im EWG-

Durchschnitt zugenommen. Daß der Außenhandel für Deutschland infolge seiner Wirtschaftsstruktur eine größere Rolle spielt als für die anderen, spiegelt sich auch heute noch in den Zahlen. Aber auch hier hat sich im innergemeinschaftlichen Handel eine proportionale Abnahme im Verhältnis besonders zu Frankreich und Italien vollzogen. In der innergemeinschaftlichen Ausfuhr blieb die Zunahme für Deutschland unter dem EWG-Durchschnitt. Die deutschen Industrieimporte aus Frankreich und Italien stiegen von 1958 bis 1968 um je über 500% — ein glänzender Beweis für die Wettbewerbsfähigkeit der französischen und italienischen Wirtschaft.

Die Den Haag-Beschlüsse

Die Belebung der Gemeinschaft hat seit der Gipfelkonferenz in Den Haag am 1. und 2. Dezember 1969 wieder eine reelle Chance. Die integrationspolitische Neuorientierung Frankreichs hat die Suche nach einem gemeinsamen Nenner für eine europäische „relance“ begünstigt. Das Abschlußkommuniqué zeigt, wo die Schwerpunkte zukünftiger europäischer Fortschritte liegen sollen:

- Erweiterung der Gemeinschaft.
- Ausbau der Gemeinschaft zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion.
- Entwicklung einer arbeitsfähigen Technologiegemeinschaft.
- Stärkung des institutionellen Aufbaus der Gemeinschaft.
- Bemühung um die Wiederbelebung der politischen Einigung.

Dieser von den Teilnehmern an der Haager Gipfelkonferenz formulierte Wille ist konfrontiert mit folgenden drei, für die zukünftige Entwicklung der Gemeinschaft zu berücksichtigenden Erfahrungen:

- Die mit dem Amtsantritt de Gaulles zu beobachtende Tendenz, die europäische Integration unter betont nationaler Opportunität zu verstehen, hat auch die Rolle der Bundesrepublik in diesem Prozeß verändert.
- Hinzu kommt, daß die fortschreitende Integration immer stärker an den eigentlichen Souveränitätsbereich der nationalen Regierungen herangeführt hat. Souveränitätsverlagerungen in die zuständigen Gemeinschaftsorgane sind immer schmerzhafter empfunden worden.
- Die Integration hat einen Punkt erreicht, wo der entscheidende Durchbruch zur gemeinsamen Konjunktur- und Währungspolitik erfolgen muß, sollen die fundamentalen Ungleichgewichte nicht das ganze Werk gefährden.

Bei der Aufstellung und Verwirklichung des Konzepts zu der in Den Haag anvisierten europäischen „relance“ kommt der Bundesrepublik große Bedeutung zu. Entgegen der Meinung mancher konnten und können wir es uns nicht leisten, auf die Vorschläge anderer zu warten.

Aufgaben der BRD

Es steht der Bundesrepublik jetzt gut an, ein entschlossenes und weitsichtiges Konzept zu präsentieren, das sowohl konkrete Lösungen der anstehenden Probleme enthält als auch den politischen Willen der Regierungen erkennen läßt, der Gemeinschaftspolitik wieder erste Priorität einzuräumen.

Inhalt einer Initiative müßten sein:

Ein verbindlicher Zeitplan für die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1975.

Eine verbindliche Bereitschaft zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des institutionel-

len Systems der Gemeinschaft (Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen im Rat, Wiedereinsetzung der Kommission in ihre verfassungsmäßige Aufgabe).

Eine genaue Festlegung der sachlich für die Beitrittsverhandlungen mit dritten Staaten zu klärenden Gemeinschaftsposition und des Beginns solcher Verhandlungen.

Ein überzeugendes Programm für den Fortgang der Integration mit fest umrissenen, zeitlich fixierten Etappen würde ein wichtiger Beitrag zur europäischen Einigung und damit auch zur Korrektur des immer wieder auftauchenden Mißtrauens gegenüber dem deutschen wirtschaftlichen Übergewicht sein.

Denn nur eine alle Mehrdeutigkeit ablehnende, vorbehaltlos in die Europäische Gemeinschaft integrierte Bundesrepublik wird der in West und in Ost latent vorhandenen Besorgnis vor deutschen „Unsicherheiten“ begegnen und ihren wichtigsten Beitrag zur Überwindung der europäischen Teilung leisten können.

Sozialpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Prof. Dr. Bruno Molitor, Würzburg

In der schwierigen Phase, die die EWG jetzt zumal aus währungspolitischen Gründen durchläuft, ist es gut, sich die Rangordnung der angestrebten Ziele in Erinnerung zu rufen. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften verfolgte vorrangig ein politisches Ziel, nämlich die Einigung Europas voranzutreiben. Sie sollen, nach den Worten Robert Schumans, „die ersten konkreten Grundlagen einer europäischen Föderation schaffen“.

Es war ein kluger Schachzug, dabei im ökonomischen Bereich anzusetzen. Denn nichts ist heute – in West und Ost – als Gütezeichen einer Politik wirkungsvoller als eine Hebung des allgemeinen Lebensstandards. Und daß hier der Übergang zu einem gemeinsamen Markt rasche Erfolge zeitigen würde, war nach der Periode der Autarkie- und Kriegswirtschaften mit ihrer willkürlichen Zerstückelung des europäischen Wirtschaftsraumes

vorauszusehen. Die verbesserte Arbeitsteilung und erhöhten Produktivitätschancen haben das Sozialprodukt stärker steigen lassen, als das bei mehr oder minder abgeschlossenen Volkswirtschaften je möglich gewesen wäre. Und zwar gewann nicht nur die Fortschrittsrate im Wirtschaftsraum insgesamt, sondern ebenso das Inlandswachstum jedes der beteiligten Länder.

Aber auch dies macht den ökonomischen Ansatzpunkt für eine politische Integration besonders vorteilhaft: Ist erst einmal die Wirtschaftsverflechtung zwischen den Partnern in Gang gekommen, so läßt sie sich nur bei Strafe unwahrscheinlicher Verluste wieder rückgängig machen. Das gibt der Hoffnung eine solide Basis, daß die EWG die politischen Klimaschwankungen, die sich von Zeit zu Zeit einstellen, überstehen wird und daß die unvermeidlichen Abstimmungsprobleme in der Währungs- und Wachstumspolitik langsam, aber sicher